



Vorlage an den Gemeinderat

Barrierefreier Umbau der Bushaltestelle Gullen-Sonnenhof
- Vergabe der Planungsleistungen

Vorlage **GR 2020**

TOP 03

für Sitzung am:	08.12.2020
erstellt von:	Andreas Hermann
Aktenzeichen:	022.31; 658.2; 797.73
<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	<input type="checkbox"/> nichtöffentlich

Sachverhalt:

Im aktuellen Nahverkehrsplan 2018 waren folgende Haltestellen als bedeutend eingestuft und ein barrierefreier Umbau wichtig:

- Herrenfeld 1, Haus Der Mitte → ist bereits umgesetzt
- Ortsmitte → ist bereits umgesetzt
- Gullen-Kindt → wurde im Frühjahr 2020 umgesetzt
- Gullen-Sonnenhof → war bislang technisch und mit großem Aufwand nur in Fahrtrichtung Wangen möglich

2020 konnte die Gemeinde einen Teil des angrenzenden Grundstücks des Anwesens „Sonnenhof“ erwerben, sodass nun eine echte Barrierefreiheit hergestellt werden kann. Mit einem Umbau wären alle bedeutenden Haltestellen des Nahverkehrsplans barrierefrei.

Auf der Seite des Gewerbegebiets ist ein Buswartehaus vorgesehen. Selbstverständlich nach den neuen beabsichtigten Standards, mit Beleuchtung und Fahrradabstellmöglichkeit. Der Wartebereich in Fahrtrichtung Wangen gehört der Plakatierungsfirma Ströer, ist in gutem Zustand und kann aus Sicht der Verwaltung erhalten werden.

Das Büro Marschall & Klingenstein hat hierfür eine Kostenschätzung vorgenommen und ein Honorarangebot vorgelegt. Die Gesamtkosten betragen rund 227.000 €. Das Honorar beträgt laut Angebot vom 17.11.2020 31.351,28 €. Die Planung dazu ist beigelegt (Anlage 1).

In Gesprächen mit dem Straßenbaulastträger der Bundesstraße (Straßenbauamt/Regierungspräsidium) wurde besprochen, dass die Baukosten vom Straßenbaulastträger übernommen werden, wenn die Gemeinde die Planung übernimmt. Dafür bekommt die Gemeinde eine Pauschale von 5% der Baukosten erstattet. Gerne könne die Gemeinde auch die Bauleitung übernehmen.

Folgendes wurde der Gemeinde dazu vom Straßenbaulastträger geschrieben:

„Sehr geehrter Herr Hermann,

für die Planung des barrierefreien Umbaus der Bushaltebuchten im Zuge der B 32, in Gullen beim Sonnenhof (Außenstrecke) durch die Gemeinde Grünkraut werden der Gemeinde nach der Verwaltungsvorschrift „Verwaltungskostenzuschlag“ vom 01.01.2001 Verwaltungskosten für die Planung, die Ausschreibung und die Vergabe (Vergabevorschlag) in Höhe von 5 % der Baukosten erstattet.

Im Falle einer Übernahme der Bauleitung durch die Gemeinde erhöhen sich die Verwaltungskosten für die Bauleitung, Bauüberwachung und Abrechnung um 3 % auf insgesamt 8 % der Baukosten. Den Vereinbarungsentwurf hierzu werden wir Ihnen zeitnah zukommen lassen.“



„für den barrierefreien Umbau der Bushaldebucht Außerorts werden grundsätzlich die Kosten vom Baulastträger Bund getragen.

Für das Buswartehäuschen mit Zubehör, die Zuwegung mit Wartefläche sowie für die Beleuchtung sind die Kosten von der Gemeinde zu tragen, sofern diese im Zuge des Umbaus der Bushaldebucht neu angelegt werden.“

In einem allgemeinen Schreiben des Verkehrsministeriums von Juni 2020 wurde folgende Regelung genannt:

Gemäß Straßengesetz und Fernstraßengesetz sind Haltestellenbuchten grundsätzlich Teil der Straße. An Bundes- und Landesstraßen außerorts gehören auch der Bordstein und die Wartefläche zur Straßenbaulast, wenn anders die Sicherheit der Wartenden nicht gewährleistet werden kann. Hinreichender Platz für Wartende, Aus- und Zusteigende gehören zum regelmäßigen Verkehrsbedürfnis. Dadurch wird auch die Sicherheit und Leichtigkeit des fließenden Verkehrs gewährleistet.

Wenn finanziell möglich sollte aus Sicht der Verwaltung der Umbau 2021 umgesetzt werden. Die Bauleitung sollte vom Straßenbaulastträger übernommen werden. Auf der Südseite sollen nur die notwendigsten Eingriffe erfolgen. Der Bestand ist gut, eine grundsätzliche neue Zuwegung ist aus Sicht der Verwaltung nicht erforderlich.

Die genaue Kostentragung und damit der Anteil für die Gemeinde Grünkraut ist zum jetzigen Zeitpunkt leider noch nicht endgültig aufteilbar. Hier muss noch der Vereinbarungsentwurf des Regierungspräsidiums abgewartet werden. Aus diesem Grund soll aktuell nur der Planungsauftrag vergeben werden. Diese Kosten hat die Gemeinde auf jeden Fall zu tragen. Bis zum Abschluss der Planungen soll eine Kostentragungsvereinbarung mit dem Straßenbaulastträger ausgearbeitet werden, die dann dem Gemeinderat -zusammen mit der tatsächlichen Ausführung- zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden kann.

In diesem Zusammenhang könnte auch eine weitere Problemstelle verbessert werden. Die öfters bemängelte Ausfahrt aus dem Gewerbegebiet könnte verbreitert und entschärft werden. Dies ist im Plan mit dargestellt. Die Kosten dafür betragen laut Kostenschätzung 26.500 € und sind von der Gemeinde zu tragen.

1. B 32, Aufweitung Einmündung Schlierer Straße

1.1. Baustelleneinrichtung	900 €
1.2. Aufbruch- und Abbrucharbeiten	3.813 €
1.3. Erdarbeiten	3.465 €
1.5. Straßenentwässerung	1.500 €
1.6. Straßenoberbau	6.346 €
1.7. Randeinfassungen	2.530 €
Baukosten Netto	18.554 €
19% MwSt.	3.525 €
Baukosten Brutto	22.079 €
Nebenkosten (20%)	4.416 €
Gesamtkosten	26.500 €

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Gemeinderat befürwortet den barrierefreien Umbau der Haltestellen Gullen-Sonnenhof (inkl. Wartehallen, Beleuchtung und Fahrradabstellmöglichkeit).
2. Die Verwaltung beauftragt, eine entsprechende Kostentragungsvereinbarung mit dem Straßenbaulastträger auszuarbeiten. Diese wird dem Gemeinderat vorgelegt und soll, zusammen mit der Ausführung, später beschlossen werden.
3. Das Büro Marschall & Klingenstein wird mit der Planung der Maßnahmen, auf der Grundlage des Honorarangebots vom 17.11.2020 (31.351,28 €) beauftragt (Ausführungsplanung, Ausschreibung).
4. Die Aufweitung der Einmündung Schlierer Straße wird, wie im Plan dargestellt, ausgeführt.
5. Das Büro Marschall & Klingenstein wird mit der Planung und Umsetzung der Aufweitung in der Schlierer Straße ebenfalls beauftragt (Ausführungsplanung, Ausschreibung, Umsetzung). Die Ausführung erfolgt parallel zur Hauptmaßnahme, dem Umbau der Haltestellen.
6. Die notwendigen finanziellen Mittel sollen vorsorglich für den Haushalt 2021 vorgesehen werden. Über die endgültige Bereitstellung der Mittel wird dann im Rahmen der Haushaltsplanberatungen beschlossen.